

Der organisierte Ausnahmezustand

Von den Epstein-Files zur WHO: Wie Pandemie-Vorsorge zur dauerhaften Architektur werden soll

Was haben die Epstein-Files mit der WHO zu tun?

Auf den ersten Blick: nichts. Die Epstein-Files handeln von Finanzstrukturen, Philanthropie, Machtvermittlung und einem kompromittierten Intermediär. Die WHO dagegen gilt vielen als technische Gesundheitsorganisation, fernab von Finanzmärkten, Banken und Investmentlogik. Genau diese gedankliche Trennung ist jedoch das Problem.

Denn die eigentliche Erkenntnis aus den Epstein-Files ist nicht die Person Epstein. Es ist die Architektur, die durch ihn sichtbar wird. Eine Architektur, in der Pandemien nicht primär als medizinische Notfälle behandelt werden, sondern als planbare, finanzierbare und steuerbare Ereignisse. Pandemie nicht als Ausnahme, sondern als Kategorie. Siehe dazu auch unserer Artikelserie:







Diese Erkenntnis ist unbequem. Sie zwingt dazu, Pandemie-Vorsorge nicht nur als Akt öffentlicher Fürsorge zu betrachten, sondern als Feld, in dem sich Kapital, Governance, Simulation und politische Steuerung miteinander verschränkt haben. Genau an dieser Stelle beginnt die Verbindung zur WHO und zu dem, was diese Woche [wieder in Genf verhandelt](#) wird.

Pandemie als Geschäftsmodell: Was die Epstein-Files zeigen

Die übersetzten Artikel von Sayer Ji rekonstruieren anhand interner E-Mails, Finanzdokumente und Planungsunterlagen eine Entwicklung, die lange vor Covid-19 begann. Sie zeigen, dass Pandemie-Vorsorge über Jahre hinweg systematisch in finanzwirtschaftliche Strukturen überführt wurde.

Pandemien tauchen in diesen Dokumenten nicht als hypothetische Risiken auf, sondern als dauerhafte strategische Kategorie. Als etwas, das sich simulieren lässt. Absichern lässt. Investieren lässt. Versicherbar macht. Und im Ereignisfall monetarisieren lässt.

Zentrale Elemente dieser Architektur waren Donor-Advised Funds, Impact-Investment-Vehikel, Rückversicherungsprodukte mit parametrischen Auslösern, Pandemie-Simulationen und Impfstoffplattformen. All das existierte nicht als Reaktion auf Covid-19. Es war bereits vorhanden.

Besonders aufschlussreich ist dabei die Rolle von Simulationen. Pandemie-Simulationen erscheinen nicht als rein akademische Übungen, sondern als konkrete technische Arbeitsergebnisse, als Karrierewährung und als Voraussetzung für institutionellen Aufstieg. Wer solche Simulationen beherrschte, bewegte sich leichter zwischen Stiftungen, Pharmaunternehmen, Rückversicherern, internationalen Organisationen und politischen Machtzentren.

Im Zentrum stand eine einfache Logik: Wer vorbereitet ist, profitiert.

Vorbereitung bedeutete dabei nicht primär bessere Gesundheitsversorgung, sondern strukturellen Vorlauf.

Die Brücke: Von der Finanzarchitektur zur globalen Governance

Was während Covid-19 für viele wie ein chaotischer Ausnahmezustand wirkte, war

in Wahrheit der Moment, in dem eine lange vorbereitete Architektur sichtbar wurde. Impfstoffplattformen waren bereit. Produktionskapazitäten standen zur Verfügung. Verträge konnten aktiviert werden. Finanzinstrumente griffen.

Die Epstein-Files zeigen, wie Pandemie-Vorsorge finanziell vorpositioniert wurde. Der nächste logische Schritt ist die rechtliche und politische Verfestigung dieser Vorsorge. **Genau hier setzt der neue WHO-Pandemierahmen an.**

Was sich fortsetzt, ist kein geheimer Plan und keine böse Absicht. Es ist ein Prinzip. Eine Systemlogik, die auf drei Elementen beruht: Vorlauf, Trigger und Lock-in.

Vorlauf bedeutet Patente, Plattformen, Produktionskapazitäten, Verträge und Finanzinstrumente. **Trigger** sind definierte Schwellenwerte, etwa eine Pandemie-Erklärung oder ein internationaler Gesundheitsnotstand. **Lock-in** beschreibt den Zustand danach, wenn Verträge greifen, Verteilungssysteme laufen, Alternativen verdrängt werden und politischer Spielraum faktisch kollabiert.

Diese Logik ist systemisch. Sie funktioniert unabhängig von den Motiven einzelner Akteure.

Was diese Woche in Genf läuft

Vom 9. bis 14. Februar 2026 findet in Genf **die fünfte Sitzung der offenen Intergovernmental Working Group (IGWG) zum WHO-Pandemierahmenvertrag statt.** Das Treffen findet hybrid statt, physisch und digital, transparent genug, um formal offen zu wirken, technisch genug, um politisch kaum wahrgenommen zu werden.

Formell geht es um die Verhandlung eines Annexes. De facto geht es um Macht, Zugriff und Verteilungshoheit über Krankheitserreger und deren genetische Information. Es geht um das Betriebssystem, auf dem künftige Pandemie-Reaktionen laufen sollen.

Der Kern dieser Verhandlungen heisst PABS.

PABS: Harmloser Anhang oder politischer Sprengsatz?

Pathogen Access and Benefit Sharing (PABS) klingt nach Solidarität und Ausgleich. Nach gerechter Verteilung zwischen Nord und Süd. Nach einem

Lehrenziehen aus den Ungleichheiten der Covid-Zeit. Genau so wird es kommuniziert.

Politisch ist PABS jedoch hochbrisant. Denn hier wird geregelt, wer Zugriff auf Pathogene erhält, wer Zugriff auf Sequenzdaten hat, welche Gegenleistungen fällig werden und wer über all das entscheidet.

Diese Woche wird in Genf konkret verhandelt über den Zugang zu Viren, Proben und Laborisolaten, über den Zugang zu digitalem Erbgut, über verpflichtende Benefit-Sharing-Mechanismen, über Governance-Strukturen inklusive Aufsicht, Überprüfung und Finanzmechanismen sowie über Annex D und E. Letztere regeln, welche Organisationen und Akteure offiziell am System teilnehmen dürfen.

Das Arbeitsprogramm ist klar strukturiert. Anfang der Woche stehen Zugriff und Sequenzinformation im Zentrum. Danach Benefit Sharing und Governance. Am Donnerstag der koordinierende Finanzmechanismus. Am Samstag die finalen Weichenstellungen.

Warum das brandgefährlich ist

Der politisch heikelste Punkt ist die Kontrolle über Sequenzdaten. Wer diese Daten kontrolliert, kontrolliert Impfstoffentwicklung, Diagnostik, Biotech-Patente und letztlich auch Notfallnarrative. Daten sind Macht.

PABS folgt einer Logik der Zentralisierung. Nationalstaaten liefern Pathogene und Daten, globale Gremien entscheiden über Nutzung und Verteilung. Der Tausch ist klar: Souveränität gegen moralische Absolution.

Besonders problematisch ist die Wahl der Rechtsform. Anhänge (Annexes) lassen sich leichter ändern als Hauptverträge. Sie lassen sich leichter anpassen, technischer begründen und ohne breite parlamentarische Debatte durchwinken. Was formal nebensächlich wirkt, ist politisch zentral.

Hinzu kommt die Ausrichtung auf einen Dauer-Ausnahmezustand. PABS ist nicht nur für die nächste Pandemie gedacht, sondern für jede gesundheitliche Lage von internationaler Bedeutung. Der Ausnahmezustand wird zur strukturellen Normalität.

Die Ironie dabei ist kaum zu übersehen. Die Weltgesundheitsversammlung hat den Pandemierahmenvertrag 2025 bereits angenommen. Jetzt wird nachträglich das

Betriebssystem geschrieben, auf dem künftig Zugriff, Umverteilung, Datentransfer und faktisch auch Zwang laufen sollen. Natürlich transparent, sicher und verantwortungsvoll.

Der PABS-Anhang und seine internen Teile

PABS ist nicht der einzige Annex, aber es ist der zentrale. Innerhalb dieses Annexes existieren mehrere interne Teile, die oft als Unterannexe bezeichnet werden.

Annex A legt fest, welche Pathogene und Materialien erfasst sind. Proben, Isolate, Referenzmaterial. Eine scheinbar technische Scope-Festlegung, die in Wahrheit darüber entscheidet, was unter das Regime fällt.

Annex B regelt den Zugang. Wer darf was bekommen, unter welchen Bedingungen und in welchem Zeitrahmen. Das ist die Türpolitik des Systems.

Annex C behandelt das Benefit Sharing. Geld, Technologie, Produktionskapazitäten und Know-how. Klingt nach Entwicklungshilfe, ist aber eine Gegenleistungspflicht.

Annex D definiert, welche Organisationen und Akteure offiziell teilnehmen dürfen. Internationale Organisationen, Netzwerke und mögliche Public-Private-Strukturen. Hier wird die Club-Mitgliedschaft geregelt. Genau deshalb ist Annex D politisch toxisch.

Annex E enthält die vertraglichen Standardbedingungen. Musterabkommen, Standard-Material-Transfer-Agreements, Haftungsregeln, Rechte und Pflichten. Das ist der juristische Autopilot, der das System operativ am Laufen hält.

Auffällig ist dabei, dass die konkreten Entwürfe dieser Unterannexe bislang nicht als konsolidierte, öffentlich zugängliche Texte vorliegen. Sie zirkulieren als Arbeitsdokumente innerhalb der Verhandlungsdelegationen und werden schrittweise angepasst. Für Parlamente und Öffentlichkeit sind Inhalt und Tragweite dieser Regelungen damit nur begrenzt nachvollziehbar, oftmals erst zu einem Zeitpunkt, an dem politische Weichen faktisch bereits gestellt sind.

Staaten draussen, Akteure drin: Das USA-Paradebeispiel

Formell dürfen nur Staaten vollständig am PABS-System teilnehmen, die den Pandemierahmenvertrag ratifiziert haben. Ohne Ratifikation gibt es keinen

offiziellen Zugang zu PABS-Material, kein Stimmrecht in der Governance und keinen Platz am Tisch.

Das ist die formale Wahrheit. Die reale Wahrheit ist komplizierter.

Ein Staat kann den Vertrag nicht ratifizieren und dennoch tief im System verankert sein. Denn PABS bindet nicht nur Staaten, sondern praktisch auch Forschungseinrichtungen, Labornetzwerke, WHO-Partnerinstitutionen wie die sogenannten WHO Collaborating Centres, von denen es in der Schweiz eine zweistellige Zahl gibt, Public-Private-Partnerships sowie Unternehmen über standardisierte Vertragsmechanismen.

Die USA sind dafür das Paradebeispiel. Sie sind notorisch ratifikationsskeptisch, allergisch auf globale Governance, aber zugleich Weltmacht Nummer eins in Biomedizin, Sequenzierung und Biotechnologie. Viele der wichtigsten US-Institute sind offizielle WHO-Partner. Sie tauschen Sequenzdaten und Proben, arbeiten vertraglich mit der WHO zusammen und agieren institutionell, nicht staatlich.

Annex D und E passen perfekt zu dieser Logik. Sie listet Entities (*Akteure*), nicht Staaten. Verträge werden von Instituten unterschrieben, nicht von Regierungen. Der Staat hält sich politisch raus, seine Akteure dominieren operativ.

Das geopolitische Ergebnis ist eindeutig. Die USA behalten maximale Flexibilität, unterwerfen sich formal keinem WHO-Recht, sichern sich aber Zugriff auf Daten, Proben und Standards. Andere Länder ratifizieren brav, liefern Pathogene und zahlen Benefits.

Warum digitale Sequenzinformation zur Zeitbombe wird

Digitale Sequenzinformation, kurz DSI, hebt klassische Zugriffskontrolle aus. Sequenzen liegen in offenen Datenbanken. Jeder kann sie herunterladen. Unternehmen können behaupten, sie hätten die Daten aus öffentlichen Quellen bezogen und seien deshalb nicht benefit-sharing-pflichtig.

Der Pandemierahmenvertrag versucht, dieses Problem zu lösen, indem er DSI explizit einbezieht. In der Theorie bedeutet die Nutzung von Sequenzdaten eine Benefit-Sharing-Pflicht. In der Praxis fehlt es an lückenloser Nachverfolgbarkeit, an Durchsetzungsmechanismen und an einer globalen Kontrollinstanz. Umgehungsmöglichkeiten sind systemisch eingebaut.

Hinzu kommt der Konflikt mit einem bestehenden UN-Regime. Parallel zu PABS existiert unter der Biodiversitätskonvention ein eigenes System für digitale Sequenzinformation. Dieses sieht monetäre Beiträge vor. PABS verlangt keine Geldzahlungen, sondern die Bereitstellung von Impfstoffen, Technologien oder Produktionskapazitäten. Für dieselbe Sequenz drohen damit zwei unterschiedliche Zahlungspflichten.

Das ist kein theoretisches Problem. Es ist explizit benannt. Der juristische Rettungsanker heisst *lex specialis*, also Spezialrecht vor Allgemeinrecht. Die WHO möchte PABS als spezialisiertes Instrument anerkennen lassen. Diese Anerkennung existiert jedoch noch nicht. Bis dahin herrscht Rechtsunsicherheit.

Was das für die Schweiz bedeutet

Für die Schweiz ist diese Entwicklung besonders heikel. Das Land gehört zu den weltweit am stärksten vernetzten Forschungsstandorten im Bereich Biomedizin, Virologie, Sequenzierung und Pharma. Schweizer Hochschulen, Labore und Unternehmen sind tief in internationale Netzwerke eingebunden, liefern Daten, nutzen Daten und sind Teil globaler Wertschöpfungsketten.

Rechtlich bewegt sich die Schweiz damit in einem Spannungsfeld. Einerseits steht sie in enger Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO), andererseits ist sie Vertragspartei der Biodiversitätskonvention und des Nagoya-Protokolls. Mit dem PABS-System und der parallelen CBD-Regelung zur digitalen Sequenzinformation drohen widersprüchliche Verpflichtungen. Für Forschungseinrichtungen und Unternehmen entsteht Rechtsunsicherheit, lange bevor Parlamente überhaupt Stellung bezogen haben.

Politisch ist das Thema in Bern bislang kaum präsent. Die Debatte wird als technisch, international und fern wahrgenommen. Genau das ist gefährlich. Denn die entscheidenden Weichen werden nicht in nationalen Gesetzgebungsverfahren gestellt, sondern in Annexen, Arbeitsgruppen und Standardverträgen, die später faktisch umgesetzt werden müssen.

Öffentlich ist diese Entwicklung praktisch unbekannt. Die meisten Bürger verbinden Pandemie-Vorsorge mit Gesundheitsschutz, nicht mit Fragen von Datenhoheit, Vertragsbindung und demokratischer Kontrolle. Dadurch

fehlt der politische Druck, frühzeitig rote Linien zu ziehen.

Bern kann hier nicht mehr ausweichen

Die Schweiz kann sich dieser Entwicklung nicht entziehen, indem sie abwartet oder auf formale Zuständigkeitsfragen verweist. **Selbst ein politisches Zögern oder ein formelles Opting-out beim Pandemierahmenvertrag würde die faktische Einbindung nicht automatisch beenden.**

Der Grund ist einfach. Das PABS-System bindet nicht nur Staaten, sondern Akteure. Schweizer Forschungseinrichtungen, Universitäten, Referenzlabore und Unternehmen sind bereits heute Teil internationaler Datennetzwerke und Kooperationsstrukturen. Sie tauschen Sequenzdaten aus, arbeiten mit WHO-nahen Institutionen zusammen und unterliegen zunehmend standardisierten Vertragsbedingungen.

Wenn diese Akteure über Annex D als teilnehmende Entities (Akteure) definiert werden und Annex E verbindliche Vertragsmuster vorgibt, entsteht eine faktische Bindung unabhängig von formalen Staatsentscheidungen. Die Umsetzung erfolgt operativ, nicht politisch.

Für Bern bedeutet das: Wegschauen ist keine Option mehr. Je länger die Schweiz die Diskussion als rein technisch abtut, desto geringer wird ihr Handlungsspielraum. Wer erst reagiert, wenn die Standards gesetzt, die Verträge etabliert und die Finanzmechanismen aktiviert sind, hat bereits verloren.

Notwendig wäre eine frühzeitige politische Debatte darüber, welche Formen von Datenweitergabe, Vertragsbindung und Governance akzeptabel sind und welche nicht. Diese Debatte kann nicht an internationale Gremien delegiert werden, ohne demokratische Substanz zu verlieren.

Was hier entsteht, ist kein temporäres Notfallinstrument. Es ist ein dauerhafter Mechanismus mit weitreichenden Folgen für Souveränität, Forschung und Demokratie. Gerade deshalb kann Bern es sich nicht leisten, weiter auszuweichen.

Pandemie-Vorsorge ist ein öffentliches Gut. Ihre Ausrichtung nach Investorenlogik und ihre völkerrechtliche Verstetigung ohne breite demokratische Debatte sind es nicht.

Warum das kein theoretisches Problem ist

Für viele wirkt all das abstrakt. Annex hier, Arbeitsgruppe dort, internationale Verträge irgendwo in Genf. Wer abends die Tagesschau schaut, sieht darin zunächst kein akutes Problem. Es gibt keine neuen Verbote, keine sichtbaren Einschnitte, keine unmittelbaren Kosten. Genau das macht die Sache so trügerisch.

Um zu verstehen, warum das trotzdem hochrelevant ist, hilft ein einfacher Blick auf die zugrunde liegende Logik. Sie besteht aus drei Schritten, die wie Zahnräder ineinander greifen.

Der **erste Schritt** ist der Vorlauf. Lange bevor eine Krise ausgerufen wird, werden Grundlagen geschaffen. Patente werden angemeldet, technologische Plattformen aufgebaut, Produktionskapazitäten vorbereitet, Verträge abgeschlossen und Finanzinstrumente definiert. Das alles geschieht im Namen der Vorsorge. **Im Ergebnis bedeutet es: Bestimmte Lösungen stehen bereit, andere nicht.**

Der **zweite Schritt** ist der Trigger. Das kann eine offizielle Pandemie-Erklärung sein, die Ausrufung eines internationalen Gesundheitsnotstands oder das Erreichen definierter Schwellenwerte. Mit diesem Auslöser wird das System aktiviert. **Ab diesem Moment gelten vorbereitete Abläufe.**

Der **dritte Schritt** ist der Lock-in. Jetzt greifen die zuvor geschlossenen Verträge. Verteilungssysteme laufen an. Produkte werden ausgeliefert. Finanzmechanismen werden ausgelöst. **Für Alternativen bleibt kaum noch Raum, weil Zeitdruck herrscht und Entscheidungen bereits vorstrukturiert sind. Der politische Spielraum schrumpft rapide.**

Anschaulich gesagt: Im Zweifelsfall ist der Impfstoff bereits entwickelt oder sogar produziert, bevor überhaupt breit darüber diskutiert wird, ob er notwendig, sinnvoll oder die beste Lösung ist. Die Frage lautet dann nicht mehr, welche Optionen es gibt, sondern wie schnell das Vorbereitete umgesetzt werden kann.

Das ist keine Verschwörung und keine Absichtserklärung einzelner Akteure. Es ist Systemlogik. Ein System, das auf Schnelligkeit, Standardisierung und Vorab-Festlegungen ausgelegt ist, begünstigt automatisch jene Lösungen, die frühzeitig geplant, finanziert und vertraglich abgesichert wurden.

Genau deshalb ist das Thema nicht erst dann relevant, wenn die nächste Krise ausgerufen wird. Es ist jetzt relevant. Denn wer die Spielregeln erst im Notfall hinterfragt, spielt nicht mehr mit, sondern reagiert nur noch.

Aus dieser Systemlogik ergeben sich konkrete politische Konsequenzen. Das setzt jedoch voraus, dass diese Fragen überhaupt öffentlich verhandelt werden. Bislang geschieht das kaum. Weder die konkrete Ausgestaltung des PABS-Systems noch seine Unterannexe oder die Folgen für nationale Entscheidungsräume sind Gegenstand einer breiten öffentlichen Debatte.

Gerade hier käme den öffentlich-rechtlichen Medien eine zentrale Rolle zu. Ihre Aufgabe wäre es, internationale Regelwerke frühzeitig einzuordnen, kritisch zu prüfen und verständlich zu erklären, bevor sie politisch wirksam werden. Eine faktenbasierte Auseinandersetzung mit dem PABS-System, seinen Annexen und den damit verbundenen Verpflichtungen wäre ein klassischer Fall für gründlichen Faktencheck und transparente Berichterstattung.

Solange diese Einordnung ausbleibt, verlagert sich politische Verantwortung stillschweigend. Entscheidungen werden vorbereitet, vertraglich abgesichert und operativ umgesetzt, ohne dass Öffentlichkeit und Parlamente nachvollziehen können, was genau beschlossen wird.

Demokratie scheitert nicht an offenen Abstimmungen, sondern an fehlender Sichtbarkeit. Wer Spielregeln im Schatten technischer Prozesse festlegt, entzieht sie der öffentlichen Auseinandersetzung. Genau deshalb ist dieses Thema jetzt relevant, nicht erst im nächsten Ausnahmezustand. Alle wollen beim nächsten Mal besser vorbereitet sein. Also warum findet diese Debatte nicht jetzt statt?